

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1920**

154 (7.7.1920)

# Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Durch unsere Träger 5.— M. einschl. 80 J. Zustellgebühr; bei Abholung in der Geschäftsstelle und in Abzügen 4.80 M.; durch die Post bezogen 4.80 M., ohne Ausgabe- u. Bestellgebühr, monatl. Einzelergem. 25 J.

Ausgabe: Mittags, Geschäftsstelle und Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die 1spaltige Kolonelle 1.— M. Die 2spaltige 1.50 M.; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmeschluss 1/2 9 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags autor.

## Die Verhandlungen in Spa.

### Zweite Sitzung.

Spa, 7. Juli. Die zweite Sitzung der Konferenz, an der von deutscher Seite Reichsminister Feiler, der Minister des Äußeren Dr. Simons, Reichswehrminister Dr. Gessler und General von Seeckt teilnahmen, wurde kurz vor 14 1/2 Uhr von dem belgischen Minister de la Croix mit der Frage eröffnet, welches Mitglied der deutschen Delegation beauftragt sei, die Noten der Entente in der Frage der Entlastung zu beantworten. Der Reichsminister antwortete, daß Reichswehrminister Dr. Gessler dazu bereit sei.

Reichswehrminister Dr. Gessler ging sofort in langen Ausführungen auf die ganze Entlastungsfrage ein und schilderte den gegenwärtigen Zustand. Unser Heer sei noch 200 000 Mann stark. Das Victoriafeld sei ziemlich vollständig abgegeben, wenn auch über einzelne Punkte der Abgabe noch Differenzen mit der Militärübertragungskommission beständen. Die 200 000 Mann seien für die Regierung eine unumgängliche Notwendigkeit. Sie stellen das Minimum dar, was wir brauchen angesichts der politischen Lage, die immer wieder zum Ausbruch käme. Die wirtschaftliche Depression, das Meer der Arbeitslosen, das zunehmende und durch neue Entlastungen weiter vermehrt werde. Dazu kämen die Kriegsschadhaften und die Flüchtlinge aus den besetzten Gebieten. Die Schwierigkeiten, die wir mit der Einrichtung der neuen Steuern hätten. Alles das mache eine starke Macht in der Hand der Regierung notwendig. Auch sei die Regierung über das Schicksal der 20 000 Offiziere, die von der Entlastung betroffen würden, und deren Abkömmlinge niemand fenne, in starker Sorge. Unter den obwaltenden Umständen sollte sich die deutsche Regierung für außerstande, die Wehrmacht weiter zurück zu ziehen.

Lloyd George ergriff darauf das Wort und stellte die Punkte auf, in denen die Alliierten Deutschland Nichterfüllung des Friedensvertrages in militärischen Dingen zum Vorwurf machten. Insbesondere, daß die Reichswehr ansatz 100 000 Mann noch 200 000 Mann umfasse, und daß Deutschland statt der ihm zugesprochenen 2000 Maschinengewehre 50 000 habe und statt der zugesprochenen 200 Geschütze 12 000 besitze. An Geschützen seien nur 15 Millionen abgeliefert oder die Hälfte davon bereits geliefert. Es unterliege jedoch keinem Zweifel, daß noch außerordentlich große Bestände in den Händen der Bevölkerung seien. Was gebente die deutsche Regierung zu tun, und was habe sie bereits getan, um diese Gewehre auszuliefern. Der Besitz dieser Gewehre sei ein politisches Gefahrenmoment von außerordentlicher Schwere. Ihm gegenüber sei es verhältnismäßig gleichgültig, ob die Heeresstärke Deutschlands 100 000, 200 000 oder 300 000 Mann betrage. Diese Gefahr wollten die Alliierten nicht noch länger erdulden, und auch für die deutsche Regierung sei dieser Zustand höchst bedrohlich. Was gebente die deutsche Regierung dagegen zu tun. Es fehle ihr entweder an gutem Willen oder an der Macht. Die Alliierten erwarteten von der deutschen Regierung bis heute vormittag bestimmte Pläne, wie sie die Auslieferung dieser Waffen und die Herabziehung des Heeres auf 100 000 Mann gestalten wolle.

Reichsminister Feiler betonte darauf in seiner ausführlichen lebhaften Darlegung die Schwierigkeiten der Auslieferung eines weiteren Planes. Wenn die Alliierten Deutschland Vertrauen schenken und ihm die Nachmittel belassen würden, dann würden wir die Auslieferung der Waffen und die Herabziehung des Heeres leichter bewerkstelligen können. Er machte auch darauf aufmerksam, daß die Wiedergutmachungsfordrungen der Alliierten von dem Bestehen einer genügend großen deutschen Wehrmacht abhängig sei.

Lloyd George erwiderte in scharfer Weise, daß die Alliierten klare Daten und Ziffern wollten. Die Konferenz von Spa die er eingeleitet habe, habe es für zweckmäßig gehalten, sich geschäftlich zu unterhalten, statt sich gegenseitig Noten zu schicken, das keinen Zweck habe.

Minister Dr. Simons erwiderte sofort, daß wir nach Lage der Dinge nie hätten annehmen können, daß die militärischen Fragen an erster Stelle in Spa besprochen werden würden. Es sei zweifelhaft, ob wir bis Mittwoch morgen in der Lage sein würden, bestimmte Pläne vorzulegen.

Lloyd George erwiderte, man werde uns genügend Zeit lassen und Ministerpräsident de la Croix setzte die nächste Sitzung auf Mittwoch nachmittags 14 1/2 Uhr an.

Spa, 6. Juli. Anfolge des Zwischenfalles von gestern vormittag, durch den die Verschiebung der Konferenz auf heute veranlaßt wurde, war der gestrige erste Tag der Konferenz nicht voll ausgefüllt. Graf Stojza hatte eine Unterredung mit dem englischen Premierminister. Die Sachverständigen benutzten die ihnen so gewährte Frist, um die Richtlinien der Konferenz von Brüssel über die Verteilung der deutschen Kriegsschadhaftung zu bereinigen. Am Schluß ihrer Besprechungen begannen die Sachverständigen die Prüfung einer Note der italienischen Delegation, die den italienischen Standpunkt in der Verteilungsfrage näher umschrieb. Ohne auf den Anlaß von 10 Prozent zurückzukommen, stellte die Note die Bedingung auf, daß der Italien zugewandene Betrag nicht geringer als vier Milliarden Goldmark sei. Da die deutsche Delegation die Ankunft des Reichswehrministers und des Generals v. Seeckt für heute nachmittags 2 Uhr bestätigt, wurde der Beginn der ersten Sitzung zur Besprechung der Abrüstung auf heute nachmittags 14 1/2 Uhr festgesetzt.

Wie der „Vorwärts“ von gut unterrichteter Seite hört, endete die zweite Sitzung von Spa ohne Einvernehmen. Das Programm des Reichswehrministers habe keinen Beifall gefunden.

### Neue Erklärungen Feiler.

Spa, 6. Juli. Reichsminister Feiler hat heute empfindlich die hier anwesenden Vertreter der deutschen Presse und etwa 60 ausländische Journalisten. Er erklärte ihnen u. a., die Hoffnungen und

Wünsche der deutschen Delegation habe ich bereits dargelegt. Wir sehen die Konferenz von Spa unter einem internationalen Gesichtspunkte. Wir sind bereit, ehrlich am Wiederaufbau der Welt mitzuarbeiten und, soweit es im Bereich der Möglichkeit liegt, den Friedensvertrag von Versailles zu erfüllen. Die Möglichkeit hängt von unserer Leistungsfähigkeit ab. Die Leistungsfähigkeit hängt aber wiederum ab von der Ruhe im Innern. Unsere Bemühungen müssen darauf gerichtet sein, Lebensmittel zu beschaffen, um unser Volk zu ernähren und Rohstoffe, um unsere arbeitende Bevölkerung zu beschäftigen. Dann wird es möglich sein, den Unruhen zu steuern.

Wir empfinden es als Genugtuung, daß uns in Spa Gelegenheit gegeben ist, in kontrastistischen Verhandlungen die wirtschaftliche Lage Deutschlands zu besprechen. Wir werden alles offen und freimütig aufzuklären suchen.

### Die Wäherung des Steuerabzugs.

Berlin, 6. Juli. Der Steuerausschuß des Reichstags einigte sich auf folgende Grundzüge über die Ausführung des § 45 des Einkommensteuergesetzes:

Die schematische Anordnung eines Steuerabzugs von zehn Prozent soll dadurch gemildert werden, daß beim Steuerabzug vom Lohn und Gehalt für Lohnarbeiter und Angestellte ein Betrag von fünf Mark täglich zunächst außer Berechnung bleibt. Weiter soll der Familienstand der Arbeitnehmer berücksichtigt werden, indem für jedes Kind 1.50 M. täglich jeweils außer Berechnung bleibt und lediglich der Restbetrag des täglichen Einkommens für den 10prozentigen Steuerabzug in Betracht kommt. Für Wochenlohnempfänger bleiben 30 Mark wöchentlich außer Berechnung, außerdem für jedes Kind zehn Mark. Vom Monatslohn werden 125 M. und außerdem für jedes Kind 40 M. außer Berechnung gestellt. Uebersteigt der Arbeitslohn oder Gehalt 15 000 Mark, so ist ein erhöhter Abzug vorzunehmen, und zwar bis zu 30 000 M. Einkommen 15 Prozent, von 30—50 000 M. 20 Prozent. Bei höherem Einkommen steigen die Bezüge weiter bis zu 50 Prozent.

Diese vernünftige Regelung des auf sich richtenden und notwendigen Steuerabzugs wird sicher willkommen sein. Die schlimmsten Härten sind damit beseitigt, besonders die, die Familienväter bei der schematischen Regelung getroffen haben. Daß der Reichstag so rasch und energisch eingegriffen hat verdient Anerkennung. Notwendig ist nun noch daß Vorkehrungen getroffen werden, daß die nicht vom Abzug erfaßten Steuerzahler nach Gebühr zur Steuer herangezogen werden. Hier können die Sachverständigen eine sehr wertvolle Arbeit leisten. Es muß dafür gelorgt werden, daß besonders auch die Landwirte ganz energisch von der Steuer erfaßt werden, denn gerade auf dem Lande liegt hinsichtlich der Besteuerung der Besitzer so vieles im Argen.

### Neuregelung des Gemeinde-Abgabenrechts.

Berlin, 7. Juli. Ein Ausführungsgesetz zum preussischen Landessteuergesetz, das der Landesversammlung zuging, gestaltet wichtige Teile des Gemeindeabgabenrechts auf Grund des neuen Landessteuergesetzes um. Zum einheitlichen Neubau des Gemeindeabgabenrechts wählte er ein Zeit. Dr. Entwurf legt den Verteilungsschlüssel für den Anteil der Gemeinden an der Reichseinkommensteuer fest und trifft Bestimmungen über die Verteilung auf die Gemeinden und Landkreise. Den Gemeinden wird ferner das Recht erteilt, Vergütungs- und Grundbesitzsteuern nach neuen Verteilungsgrundsätzen zu erheben. II. a. wird auch den Landkreisen das Recht zur Erhebung einer Vergütungssteuer verliehen. Schließlich erhalten die Gemeinden das Recht, den steuerfreien Einkommensteil des Steuerpflichtigen selbst, nicht aber auch den seiner Haushaltsangehörigen zu besteuern. Die Besteuerung tritt für 1920 in Kraft. Die Gemeinden können also im nächsten Jahre die steuerfreien Einkommensteile bis 1500 Mark ihrerseits mit einer Sondersteuer belegen.

### Kein Profkart'n mehr in Frankreich.

Paris, 6. Juli. Agence Havas. Der Kabinettsrat hat in seiner Sitzung vom Dienstag vormittag die Wiedereinführung der Profkarte abgelehnt.

### Stinnes bei Millerand.

Paris, 6. Juli. Der Berichterstatter des „Matin“ in Spa telegraphiert: Gestern hatte Hugo Stinnes, der von Köln ankommen war, eine lange Zusammenkunft mit Millerand. Dieser empfing ihn im französischen Quartier. Stinnes setzte Millerand seine Pläne über die Wiederverstellung der verwüsteten Gebiete auseinander. Millerand machte einige Einwendungen, erklärte sich aber lebhaft interessiert durch das von Stinnes entwickelte System der internationalen Wiederrichtung.

### Arbeitslohnemonstration in Berlin.

Berlin, 7. Juli. Gewerkschafts- und Arbeiterorganisationsvereinigungen gestern nachmittag im Lustgarten eine Arbeitslohnemonstration, in der 10 Redner, meistens Unabhängige, sprachen. Als der Mehrheitssozialist Krüger eine gemäßigte Anrede hielt, kam es zu einer allgemeinen Erregung.

## Berlin und Spa.

S.A.K. Die Sozialdemokratie hat die neue Reichsregierung weder durch ein ausdrückliches Vertrauensvotum gestützt noch sie, durch die Wucht eines Misstrauensvotums stürzen helfen. Gesehen wir ein, daß diese Politik, die einer binnen kurzem doch einmal notwendig werden Entscheidung ausweicht nicht imponierend ist. Gehen wir zu, daß manchem Sozialdemokraten im Lande ein glattes Misstrauensvotum gegen diese Regierung lieber gewesen wäre. Aber ein Wort allein schon rechtfertigt die vorsichtige, abwartende Haltung unserer Reichstagsfraktion und dieses Wort ist Spa! Wenn die Sozialdemokratie nicht selbst sich dazu drängen wollte, den Übergang zu den Gewalthabern der imperialistischen Ententestaaten anzutreten und die alleinige oder doch hauptsächlich Verantwortung für die Verhandlungen in Spa oder ihr Scheitern zu übernehmen, mußte sie der bürgerlichen Regierung mindestens so viel Lebenskraft und Lebensdauer gönnen, wie diese für die Verhandlungen in Spa braucht. Das wird jeder vernünftige Arbeiter begreifen. Wir können uns auch in der Opposition die nur redende Partei der Unabhängigen nicht zum Vorbild nehmen. Sie tut zwar so, als wollte sie die bürgerliche Regierung durch ein Misstrauensvotum stürzen, aber im Geheimen ist sie sehr glücklich, daß ihr die Mehrheit zur Beseitigung dieses Ministeriums fehlt, weil sie beim besten Willen nicht weiß, was sie an ihre Stelle setzen soll. Mit vollem Rechte bezeichnet die kommunistische „Rote Fahne“ diese parlamentarische Oppositionspolitik, hinter der weder ein Wille, noch vor der ein Ziel steht, als elende Kammegeschrei und ins Abstruse getriebenen parlamentarischen Kreinismus.

Sobald sich die Sozialdemokratie gezwungen sehen sollte, gegen die Regierung Feilerbach in scharfster Opposition zu treten, wird es nicht bei der geschaukelten kraftlosen Kampfansage der Unabhängigen bleiben, sondern durch die Tat der bürgerlichen Regierung ans Leben gehen. Deshalb wird das Ministerium Feilerbach sorgsam und flug um die Sozialdemokratie, während kein Politiker im Parlament und im Lande, die Unabhängigen eingeschlossen, dem Misstrauensantrage der U.S.D. die geringste politische Bedeutung beimißt. Das gilt auch für die äußere Politik. Eine Regierung, die mit einem ausdrücklichen Misstrauensvotum der Sozialdemokratie belastet war, konnte dem Ausland nicht als verhandlungsfähig gegenüberreten. Das Misstrauen der U.S.D. schwächt die Regierung auch in den Augen des Auslandes nicht, weil Lloyd George genau so gut weiß, wie Lenin, daß der Wortradikalismus unabhängiger Parlamentarier vielleicht das Amerckell, nicht aber die politische Machtverteilung erschüttern kann.

In Versailles sind die Fesseln für Deutschland geschnitten worden: in Spa sollen sie uns so kunstgerecht angelegt werden, daß wir allenfalls noch Sklavenarbeit für die Sieger verrichten, keinesfalls aber selbst mehr zu einem erträglichen Leben kommen können. Dabei ist noch keineswegs sicher, daß uns die freigereichen Gebiete die Kraftzufuhr an Lebensmitteln und Rohstoffen gönnen — vielleicht auch zu können vermögen, die wir zur dauernden Berrichtung der Sklavenarbeit brauchen. Jeder Arbeiter, der der kapitalistischen Herrschaft in den maßgebenden Ententestaaten noch einige Lebensdauer zuschickt — und sie steht noch recht fest — wird einsehen, daß der Ausgang der Verhandlungen für jeden von uns unmittelbar von Lebenswichtigster Bedeutung ist. Welche Rechnung die Entente auch immerhin überreichen mag, und was wir auch endgültig von unserer Schuld abtragen mögen, die deutsche Arbeiterklasse wird die Werte dafür schaffen müssen. Die Entente will nicht die Erzeugnisse unserer Rotenpresse, sondern die Produkte, die in deutschen Bergwerken gefördert, in den Fabriken und auf den Aedern Deutschlands erzeugt werden. Keine irgandwie geartete Demagogie, kein Schlagwortgehül über den mit vollem Recht als schamlos gebrandmarkten Landesverrat vieler besitzenden Steuerdrückeberger, nicht die schärfsten von uns angeführten Mahnreden gegen die kapitalistische Vereicherung im verarmten Deutschland wird die Lasten aus der Welt schaffen; die Quelle alles Reichtums allein, die Arbeit der Millionen Schaffenden, wird den Durst der Sieger löschen können und löschen müssen.

Auch der härteste Friede hat uns weder zu Chauvinisten gemacht, noch uns zur Ungerechtigkeit verleitet. Schon der Blick auf die zerstörten Gebiete zwingt uns zu dem Willen, alle Lasten des Friedensvertrages auf uns zu nehmen, die zu tragen wir in der Lage sind. Das Maß des Erträglichen wird aber in erster Linie auch von der deutschen Arbeiterklasse entschieden werden. Die Reichsregierung hat auch Arbeitervertreter zu den Verhandlungen in Spa entsandt. Diese Vertreter werden gewiß den Ententegegnern überzeugend die Grenze des Möglichen und Erzulbaren der ausgemergeten deutschen Arbeiter klar zu machen wissen. Das steht allerdings voraus, daß diesmal wirklich verhandelt wird und unsere Delegation nicht wie in Versailles ein Diktat überreicht erhält und den Federhalter

rotbraun  
ertz, Mainz  
Hof  
4871  
u. Hotel  
rkplatz.  
weine  
iter.  
ass.  
sofort  
cher  
festiert  
4382  
er  
brunhe  
stallgerei  
bahnhof.  
men  
n, stellt ein  
m b. H.  
414  
hut  
elour  
assonieren  
et. 4111  
zoster Zell.  
ann  
rstr. 99  
t. Kastatt.  
kau von  
Möbel  
ng ohne Kauf  
erwünscht.  
Rauch,  
3. Dreherstr. 3.

dazu: duce dich und unterschreib! Das würde jetzt ganz andere Wirkungen haben als im Frühling 1919.

Damals haben wir, um überhaupt zu den Anfängen eines vertraglichen Friedenszustandes zu kommen, das Friedensinstrument angenommen, obwohl ausgesprochenenmaßen niemand in Deutschland zweifelte, daß es unerfüllbar sei. Diesmal sollen wir unterschreiben, was wir auf Marx und Henning, auf Lönne und Bentner zu geben haben, und der Zwang zur Ablieferung steht unmittelbar daneben. Da kann es nur eine Wahl geben: einen Vertrag unterschreiben und redlich erfüllen, der sich in den Grenzen des Möglichen hält, oder einen Vertrag mit klarer Entschiedenheit ablehnen, der die deutsche Wirtschaft erschöpfen würde. Die Entscheidung liegt bei der Entente. Sie muß wissen, daß sie nun nicht mehr auf Wilhelm II., auch nicht mehr nur auf die Regierung der Republik, sondern auf die arbeitenden Massen Deutschlands steht, ohne Unterschied der Parteistellung. Selbst wenn die Regierung, gebildet durch den Reichstag, einen unerfüllbaren Vertrag unterschriebe, wäre der unehrbare Ausweg bald verlegt, denn die durch Kohlen- und Rohstoffmangel, durch Unterernährung und Wohnungsnot, durch Hoffnungslosigkeit und Erbitterung, durch erpreßte Steuern und Arbeitszwang, durch Verblendung und Verzweiflung getriebenen Massen würden die deutsche Volkswirtschaft dem Chaos überliefern. Dieser Zusammenbruch aber wäre so gewaltig, daß auch die Schilberhäuser der Ententetruppen am Rhein ihn nicht begrenzen könnten. Seine materielle und geistige Auswirkung wäre so weitreichend und so revolutionär, daß alle Staaten der Entente ihre wirtschaftlichen Grundlagen und ihre politischen Systeme erschüttert werden würden.

Die Entscheidung von solcher Schwere stellen uns so oder so die Verhandlungen oder das Diktat von Spa. Wie schrumpft vor diesen volks- und weltwirtschaftlichen Problemen allergrößten Ausmaßes das parlamentarische Kniffen- und Kiffspiel um die Regierungsbildung zusammen. Wie flüchtig wird am Vorzuge solcher wahrhaft revolutionären Schicksale das Wichtigtuere der Wortrevolutionäre, die in geschwollener Pathos von der Reichstagstribüne mit oberer Redeschwärmerei und mit fädelicher Selbstgefälligkeit reden, reden. Rasend schnell läuft die Stunde dieser Redner ab. Wir werden erleben, wie gründlich sich die politische Deutlichkeit und ihr Scheitern wandelt.

### Politische Uebersicht.

#### Deutschlands Steuerbelastung — Eine Denkschrift für Spa.

Berlin, 6. Juni. Die Denkschrift des Reichsfinanzministeriums über die Steuerbelastung, welche die deutsche Regierung am 1. Juli der Friedenskonferenz übergeben hat, unterrichtet über die Entwicklung der Reichsteuern während des Krieges bis zum Abschluß der Reform des direkten Abgabensystems. Sie zeigt, auf welche Weise Deutschland versucht, einen eigenen Bedarf an Steuern von annähernd 32 Milliarden Mark durch laufende Steuern zu befriedigen. Es werden nach den amtlichen Schätzungen aufgebracht in einem Beharrungszustand, d. h. also in einer Lage, die als stetig bezeichnet wird, folgende Summen:

	1920	1913
	in Millionen Mark	in Millionen Mark
Direkte Steuern . . . . .	15 250	2 130
Indirekte Steuern . . . . .	13 200	1 328
Zölle . . . . .	2 500	679
	30 950	4 137

Es fallen sich also die direkten Steuern auf der einen und die indirekten Steuern mit den Zöllen auf der anderen Seite etwa das Gleichgewicht. Dieses Steueraufkommen soll erreicht werden, denn der Bedarf von Reich, Ländern und Ge-

meinden, der auf wenigstens 32 Milliarden veranschlagt ist, kann aus keiner anderen Quelle befriedigt werden als aus den laufenden direkten und indirekten Steuern und Zöllen. Die Ersparnisse auf der Ausgabe Seite sind strengstens durchgeführt, aber sie lassen sich bei einer Reihe von Posten nicht bemerkbar machen. Der Bedarf des Reiches setzt sich nach den großen Gruppen geordnet aus folgenden Ausgaben zusammen:

1. für die Reichsstaatskasse . . . . .	12,4 Milliarden Mark
2. " Befolungs-, Ruhegehalts- und Lohnausbesserungen . . . . .	3 " "
3. " Pensionen, Militärrenten, Invaliden-, Witwen- und Waisenrenten . . . . .	3,9 " "
4. " Behandlung von Kriegsbefähigten (Wof. Reichsarbeitsministerium) . . . . .	0,81 " "
5. " Meer und Marine . . . . .	1,87 " "
6. " Sonstige fortwährende Ausgaben . . . . .	1,84 " "
	23,8 Milliarden Mark

Hierzu tritt der Steuerbedarf der Länder und Gemeinden, der für das Jahr 1919 auf rund 6 1/2 Milliarden Mark berechnet wurde. Um diese Milliardenziffern aufzubringen, erwies es sich als unumgänglich notwendig, daß Deutschland alle Steuerquellen bis zur höchsten Leistungsfähigkeit ausschöpfte. Die Berechnung der Steuerlast auf den Kopf der Bevölkerung gibt über den tatsächlichen Steuerdruck keinen Aufschluß; denn ein reiches Land wird eine bestimmte Steuerlast pro Kopf leichter tragen können als ein armes Land. Hierzu kommt, daß Deutschland weit stärker als irgend ein anderes Land in seiner Wirtschaft geschwächt ist. Es ergibt die Berechnung über die Belastung auf den Kopf der deutschen Bevölkerung eine Steuerlast von mindestens 533 M.

Die Denkschrift führt dann die Steuern der Reichsfinanzreform von 1919/20 an, nämlich die außerordentliche Kriegszugabe für das Rechnungsjahr 1919, die Kriegszugabe vom Vermögenszuwachs, das Reichsnotopfer, Uebernahme der Einkommensteuer von den Einzelstaaten auf das Reich und vollkommene Neugestaltung dieser Steuer, das Körperschaftsteuergesetz, Kapitalertragsteuergesetz, Erbschaftsteuergesetz, Umsatzsteuergesetz, Lotteriesteuer, Grundbesitzsteuergesetz, Grundbesitzsteuergesetz, Grundbesitzsteuergesetz. Im Anfang werden umfassende Änderungen über die Steuererträge und die Belastung durch die einzelnen Steuern sowie über die Reichsstaatskasse und ihre Entwicklung gegeben.

#### Deutschlands Zahlungsfähigkeit.

Berlin, 6. Juli. In der Denkschrift über die Zahlungsfähigkeit Deutschlands für die Wiedergutmachung, die von der deutschen Regierung der Entente vor der Konferenz von Spa übergeben wurde, wird dargelegt, daß das deutsche Volkswirtschaft vor dem Kriege von vielen Seiten überschätzt worden ist. Auf Grund der Veranlagung zum Wechselkurs wird man es für die Zeit vor dem Kriege auf etwa 220 Milliarden Mark Gold geschätzt haben. Dieses Vermögen ist durch den Verlust der Kolonien, durch die Abtretungen im Auslande, der Abtretungen usw., durch die Wietungen von Krieg und Kriegsfolge sehr stark vermindert worden.

Auf diesem verminderten Vermögen ist die Wiedergutmachung zu leisten. Da Deutschland seiner Schiffe und seiner Auslandskonten verlustig gegangen ist, kann die Zahlung im wesentlichen nur durch die Ausfuhr von Waren beglichen werden.

Die Bevölkerung ist an Zahl und Leistungsfähigkeit zurückgegangen. Anstelle der früheren Arbeitsfreudigkeit ist Lethargie und Arbeitslosigkeit in viele Kreise getreten. Die deutsche Landwirtschaft hat einen großen Teil ihrer Leistungsfähigkeit verloren. Die deutsche Industrie hat eine dreifache Aufgabe zu lösen. Sie muß der industriellen Bevölkerung, die nicht auswandern kann, Arbeitsbeschäftigung geben. Sie muß nach Wegfall der aus Schiffsahrt und Kapitalanlagen im Ausland stammenden Einkünfte die Bezahlung von vielen Einfuhr etwäglichen; sie muß überdies die Ware für die Wiedergutmachung liefern. Auch die deutsche Industrie hat aber eine ihrer Grundlagen, Eisen, fast zu 3/4 verloren. Die deutsche Kohlenproduktion ist 1919 auf 108 Millionen oder 57 Proz. der Förderung von 1913 gesunken. Durch den Verlust von Oberschleisen würde Deutschland mindestens die Verfügung über weitere 18 Millionen Tonnen im Jahr verlieren.

Das deutsche Verkehrsnetz ist zerrüttet. Dem deutschen Handel ist durch den Krieg und seine Folgen ein gutes Teil seiner Kapitalkraft genommen. Das man daher wie eingangs erwähnt das Volkswirtschaft vor dem Kriege mit 220 Milliarden angenommen, so wird man heute nach den Abtretungen im Osten und Westen, nach Verlust der gesamten Handelsflotte, nach Abstoßen der ausländischen Wertpapiere, nach Verbrauch aller Warenvorräte und nach sechsjähriger Abnutzung aller Produktionsmittel höchstens von 100 Milliarden reden können. Davon sind noch Auslandsschulden abzugreifen, die 8-10 Milliarden erreichen dürften.

Den verminderten produktiven Kräften steht allein aus dem Warenverkehr eine Erhöhung von etwa 50 Milliarden Mark gegenüber. Diese Waren sind teils auf Kredite gekauft, teils mit Bonitäten bezahlt worden, von denen etwa 20 Milliarden Mark im Ausland sein dürften. Für die nächste Zeit wird man mit einer deutschen Ausfuhr von vielleicht 35-40 Milliarden Mark Papier rechnen können. Ihr steht eine Einfuhr von vielleicht 80 Milliarden Mark an Lebensmitteln und Rohstoffen gegenüber. Die deutsche Handelsbilanz ist also passiv. Sie kann nur aktiv werden, wenn die deutsche Industrie in so großem Umfange zu arbeiten vermag, daß sie zur Deckung des inneren Bedarfs ausreicht und die gesamte Einfuhr bezahlen kann. Sie kann erst wieder aktiv werden, wenn Deutschland sich völlig erholt hat.

Alle Leistungen der deutschen Volkswirtschaft an andere Volkswirtschaften müssen schließlich aus dem Haushalt des Reiches bezahlt werden, dem der Steuerzahler die nötigen Mittel zur Verfügung stellen muß. Gelangt es nicht, so muß eine wilde Inflation mit zunehmender Inflation eintreten.

Die Geländung der deutschen Volkswirtschaft ist ohne Geländung des deutschen Geldwesens nicht möglich. Die Geländung des deutschen Geldwesens hängt von der Regelung der deutschen Finanzen, insbesondere von der Regelung der schwebenden Schulden ab. Die Regelung des Finanzwesens wird endlich von der Höhe und der Form der Entschuldigungsverpflichtung bedingt. Die Steuern, insbesondere die direkten Steuern, sind sehr stark angefallen.

Die indirekten Steuern lassen sich zurzeit nicht wesentlich erhöhen. Man kann nicht durch Verbrauchsabgaben den Konsum verlernen, während man gleichzeitig 10 Milliarden Mark zu seiner Verbilligung einsetzen muß.

Die kritische Lage des deutschen Finanzwesens kann auch nicht durch das Gewaltmittel eines Staatsbankrotts gerettet werden. Da große Mengen Kriegsanleihen in den Händen kleiner Leute sind, die ein Staatsbankrotts in der Hand der sozialen Anarchie treiben würde und das ganze deutsche Wirtschaftsleben auf Kredit angefaßt ist, so würde ein Staatsbankrotts den völligen Zusammenbruch sozial und politisch zur Folge haben.

Die Ausführung des Friedensvertrags in der jetzt vorliegenden Form wird die deutsche Volkswirtschaft noch weiter gefährden. Geht man von einer rein finanziellen Belastung von nur 60 Milliarden Mark Gold durch den Friedensvertrag aus, so würde ein Haushalt von vier Köpfen etwa 40 000 Mark Schulden, das macht zu einem Satz von 6 Prozent 2400 Mark im Jahr. Die heutige Besteuerung bereits einen Bedarf von über 30 Milliarden Mark im Jahr vorstelt, würde der Haushalt von vier Personen unter den bestehenden Voraussetzungen mit Jahresleistungen von 4400 Mark belastet sein. Dabei hatten im Jahre 1918 81,21 Prozent der deutschen Steuerzahler ein Einkommen von nicht über 3000 M. Insgesamt würden mindestens 24 Milliarden Mark Gold oder 24 Milliarden Mark Papier das heutige Budget belasten. Das kann unter den heutigen Verhältnissen nur dadurch geschehen, daß die deutsche Regierung neue schwebende Schulden ausstößt.

Ohne wirtschaftliche Bewegungsfreiheit und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit anderen Völkern kann Deutschland weder sein Wirtschaftsleben aufbauen, noch seine Finanzen ordnen. Ohne Ordnung seiner Finanzen ist die pünktliche Erfüllung seiner Verpflichtungen unmöglich. Wird Deutschland seine wirtschaftliche Bewegungsfreiheit wiedergegeben, dann ist zu hoffen, daß sein arbeitsetwilliges Volk alle Kräfte zum Wiederaufbau seines wirtschaftlichen Lebens einsetzen wird.

#### Jugend und Sport.

Vollspport. Mitteilungsblatt der Zentralkommission für Sport und Körperpflege, Kreis Baden (Arbeiter-Sportvereine). Nr. 2 ist erschienen und hat folgenden Inhalt: Barum Zentralkommission für Sport und Körperpflege und Arbeiter-Sportvereine? — Von der Tätigkeit der Zentrale Baden: Errichtung eines Landesamts für Leibesübungen, die Spielplatzfrage, zur Schaffung von Jugendherbergen. — Verchiedenes. Preis 30 M. Bestellungen sind an den Verlag J. Eisele, Karlsruhe-Nürnberg, Hertenweg 50, zu richten.

Förderung der Leibesübungen und Jugendpflege durch die Stadt Freiburg. Nach dem Vorbild des Staates sollen künftig auch den Freiburger Sportvereinen, die sich dem Freiburger Ausschuss für Leibesübungen und Jugendpflege angeschlossen haben oder dem Arbeiter-Sportkartell angeschlossen, die städtischen Turnhallen zu ihren Leistungen kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Die Vereine haben lediglich noch den Schuldienst die übliche Vergütung zu entrichten. Dem Freiburger Ausschuss für Leibesübungen und Jugendpflege wird aus städtischen Mitteln eine einmalige Beihilfe von 2000 M. dem Arbeiter-Sportkartell eine solche von 1000 M. bewilligt.

#### Väter und Söhne.

Roman von Ivan Turgenjew.

„Das nenn ich mir eine Ueberrauschung! Durch welchen Zufall?“ rief er ein über das andere Mal, indem er rasch im Zimmer hin und her ging — wie einer, der sich einbildet, er freue sich, und auch andern diese Meinung beibringen will. „Alles in Ordnung bei uns zu Hause — alle gesund und munter?“ „Bei euch zu Hause ist alles in Ordnung — aber gesund und munter sind nicht alle.“ sagte Vajarov. „Nun, braucht nicht in Angst zu geraten, laß mir ein Glas Quark bringen; dann sehe dich und höre, was ich dir in wenigen aber hoffentlich klaren Worten mitteilen werde.“ Arkadi bemühte sich und Vajarov erzählte ihm sein Duell mit Pant Petrovitch. Arkadi war sehr erstaunt, ja sogar ergriffen; aber er hielt es nicht für nötig, es merken zu lassen; er begnügte sich damit zu fragen, ob die Wunde seines Onkels wirklich nur unbedeutend sei, und als Vajarov antwortete, sie sei sehr interessant — nur nicht vom medizinischen Gesichtspunkte — da zwang er sich zum Rächeln, aber innerlich empfand er etwas wie Schrecken und Scham. Vajarov schien zu begreifen, was in ihm vorging. „Ja, ja, Freund“, sagte er, „das kommt davon, wenn man unter einem feudalen Dache lebt. Man wird selbst zum mittelalterlichen Raufbold. Ich kehre jetzt zu meinen eigenen „Ahnen“ zurück.“ so schloß Vajarov, „und auf dem Wege dahin bin ich hier eingekehrt — um dir die ganze Geschichte selbst zu erzählen, würde ich sagen, wenn ich eine Silbe nicht für eine unnütze Dummheit hielte. Nein, ich bin hier eingekehrt — der Teufel mag wissen warum! — Siehst du, es ist zuweilen möglich, sich beim Schopf zu fassen und sich herauszureißen wie eine Milbe aus dem Beete — und das habe ich dieser Tage getan. . . . Aber mich verlangte, noch einmal den Ort zu sehen, den ich verlassen — das Beete, in dem ich Wurzel gefaßt hatte.“ „Hoffentlich zielen diese Worte nicht auf mich,“ antwortete Arkadi mit bewegter Stimme. „Hoffentlich ist es nicht meine Absicht, dich von mir zu trennen.“

Vajarov sah ihn mit scharfen, fast durchdringenden Blicken an.

„Sollte dich das in der Tat betreffen? Wie mir scheint, hast du dich bereits von mir getrennt. Du bist so frisch, so lauter, so geschmeidig. . . deine Sache mit Anna Sergejevna muß ausgezeichnet stehen.“

„Was für eine Sache?“

„Bist du etwa nicht ihretwegen aus der Stadt hierher geflohen, mein Vögeli? Apropos, wie stehts dort mit den Sonntagsschulen? Bist du nicht etwa in sie verliebt? Oder bist du schon in der Periode der Entfugung angekommen?“

„Eugen, du weißt, ich bin immer aufrichtig gegen dich gewesen. Ich kann dich versichern, bei Gott versichern, daß du im Irrtum bist.“

„Gut! Bei Gott versichern. Ein neues Wort,“ bemerkte halb laut Vajarov. „Aber warum wirst du so hitzig? Die Sache ist mir ja völlig gleichgültig. Ein Romantiker würde sagen: ich fühle, daß unsere Pfade sich zu scheiden beginnen. Ich sage einfach, wir sind einander überdrüssig.“

„Eugen. . .“

„Das Unglück ist so groß nicht, mein Teufel; man wird im Leben noch ganz was anderes überdrüssig. Jetzt, denkt mich, könnten wir scheiden. Seit ich hier bin, ist mir so hundsstülpisch zu Mute, als hätte ich mich an Gogols Briefen an die Frau des Gouverneurs von Kaluga übel gelesen. Uebrigens habe ich die Briefe nicht ansprechen lassen.“

„Unmöglich! Ich bitte dich!“

„Warum unmöglich?“

„Von mir will ich schon gar nicht sprechen; aber es wäre im höchsten Grade unhöflich gegen Anna Sergejevna, die sich ganz gewiß freuen wird, dich wieder zu sehen.“

„Nun, in dem Punkte irrst du dich.“

„Ich bin im Gegenteil überzeugt, daß ich recht habe,“ versetzte Arkadi. „Und warum heucheln? Da wir einmal bei diesem Kapitel sind, bist du nicht etwa ihretwegen hierher gekommen?“

„Möglich; aber du bist dennoch im Irrtum.“

„Mein Arkadi hatte recht. Anna Sergejevna wünschte Vajarov wieder zu sehen und ließ ihn durch den Haushofmeister zu sich bitten.“

Vajarov wechselte erst seinen Anzug, ehe er zu ihr ging; wie es schien, war sein neuer Rock so eingebastet, daß er ohne viele Mühe hervorgezogen werden konnte.

Frau Ddinoff empfing Vajarov nicht in dem Zimmer, wo er ihr so unerwartet seine Liebe erklärt hatte, sondern im Salon. Sie reichte ihm artig die Fingerhüpfen, ihr Gesicht drückte einen unwillkürlichen Zwang aus.

„Anna Sergejevna,“ beifelte sich Vajarov zu sagen, „vor allen Dingen muß ich Sie begrüßen. Sie sehen einen Sterblichen vor sich, der schon längst wieder zur Vernunft gekommen ist, und der hofft, daß andere seine Dummheiten vergessen haben. Ich reise auf lange Zeit fort, und obgleich ich, wie Sie wissen, kein weiches Herz habe, so möchte ich doch nicht gerade, daß Sie sich meiner mit Absicht erinnern.“

Anna Sergejevna atmete tief auf, wie jemand, der soeben den Gipfel eines hohen Berges erreicht hat, und ein Rächeln belebte ihr Gesicht. Sie reichte Vajarov ein zweites Mal die Hand und erwiderte sogar seinen Druck.

„Wer hon uns an die Vergangenheit erinnert, verliere ein Auge.“ (Russisches Sprichwort), sagte sie, „unlomehr, als aufrichtig gesprochen, ich damals ebenfalls geübeligt habe, wenn nicht durch Koketterie, so doch in irgend einer anderen Weise. Mit einem Wort: seien wir wieder Freunde, wie zuvor. Es war ein Traum, nicht wahr? Und wer erinnert sich eines Traumes?“

„Wer erinnert sich eines Traumes? Und zudem ist ja die Liebe. . . ein künstliches Gefühl.“

„In der Tat? Es ist mir sehr angenehm das zu hören.“ So sprach Anna Sergejevna und so sprach Vajarov; beide glaubten die Wahrheit zu sagen. War es wirklich die Wahrheit — die reine volle Wahrheit? Sie trübten es vermutlich selbst nicht, und der Verfasser weiß es noch weniger. Aber ihr Gespräch nahm eine Richtung, als hätten sie sich gegenseitig das vollste Vertrauen.

(Fortsetzung folgt.)

### Deutscher Reichstag.

#### Verhandlungen wegen des Steuerabzuges. — Verhandlung des Reichstages.

Berlin, 6. Juli.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst Anträge.

Abg. Gohs (Soz.) fragt, wie weit die nach der Revision eingeleitete Unternehmung in der Angelegenheit der Veröffentlichung des „Korwars“ vom 6. März gediehen sei, derzufolge ein Zentrumsgesandter im Unterhandlung für Handel und Gewerbe im Jahre 1917 erklärt habe, daß das Reich durch die Erben- und Stichtungsindustrien um Hunderte von Millionen geschädigt worden sei. Obwohl diese sich geweigert hätten, die verlangten Selbstkostenausweise vorzulegen, haben ihnen die Kriegswirtschaftsminister höhere Preise bewilligt. Gelferich werde als Mitwisser genannt, desgleichen Dr. Köpfer von der Deutsch-Luxemburgischen Wirtschaftsgesellschaft für Brüssel.

Ministerialdirektor Weber erwiderte, die Vorgänge seien der Regierung bekannt. Eine Denkschrift sei darüber in Vorbereitung und außerdem sei den Interessen der Industrie in die Aktien der Unterhandlungsausschüsse gestattet worden. Auf neue im Oktober 1918 erhobene Anschuldigungen sei eine neue Kommission gebildet worden, deren Ergebnis dem Untersuchungsausschuß vorgelegt werden ist. Was daraus geworden ist, sei der Regierung nicht bekannt.

Abg. Degler (D.M.) fragt, weshalb die Selbsterkundungs-Gesellschaft immer noch 600.000 M für 100 Millionen Zinsen verleihe, während Amerika Zinsen von 2,75 M für das Selbsterkundungs-Gesellschaft.

Ein Regierungskommissar erwidert, der Preis entspreche den allgemeinen Weltmarktpreisen. Es werde am besten sein, sich an den Reichswirtschaftsrat zu wenden.

Die drei Antragssteller Waga, Mumm und Gen. fragen an wegen der Beförderung der in Ostpreußen und Mittelpreußen wohnenden deutschen Kriegs- und Zivilvertriebenen.

Reichskommissar Stuedten erwidert, die aus Ostpreußen zu erwartenden Gefangenen seien zum Teil noch unterwegs. Jedemfalls sei die Gegenüberstellung des Verfalls bereits geräumt. Was die Gefangenen aus Ostpreußen des Verfalls betrafte, so sei hier das rote Kreuz mit der Vermittlung befaßt.

Unter Hinweis auf die Tatsache, daß nun bereits sieben Millionen im Ausland seien und die Einberufung der anderen zu erwarten sei, teilt

Präsident Ebe mit, daß der Reichstagsrat anbeimgestellt habe, die Verhandlungen bis nach Beendigung der Konferenz in Spa zu vertagen.

Das Haus schließt sich diesem Ansuchen an und setzt die noch auf der Tagesordnung stehenden Interpellationen ab.

Das Haus spricht sich sodann über die Beratung des Antrages Wollschlaeger (Soz.) betr. Ergänzung zum Gesetz über Steuerabzüge vom Arbeitslohn.

Wollschlaeger begründet den Antrag, der darin besteht, beim Einkommen bis zu 15.000 M für jeden Arbeitslohn 5 M steuerfrei zu lassen und für jede zum Haushalt des Arbeitnehmers zählende Person täglich 1,50 M. Dagegen sollen bei Einkommen von 15.000 bis 30.000 M der Steuerfuß auf 15 Proz. erhöht bzw. stufenweise bei Einkommen bis 50.000 M der Abzug auf 50 Prozent erhöht werden.

Abg. Braun (Soz.) stimmt diesem Antrage zu.

Abg. Leopold (D.M.) bittet auch die Naturalbezüge der Landarbeiter zu beachten.

Nach längerer Auseinandersetzung zwischen den Sozialdemokraten und den Unabhängigen wird der Entwurf in allen drei Lesungen angenommen.

§ 8 des Diätengesetzes der Reichstagsabgeordneten wird gegen die Stimmen der Unabhängigen angenommen, ebenso der ganze Entwurf. Desgleichen wird der Gesetzentwurf über die Anwendung der Weisbergverordnung auf nicht weisbergpflichtige Länder in allen drei Lesungen angenommen.

Zum Gesetzentwurf über die vereinfachte Form der Gesetzgebung für die Zwecke der Ubergangswirtschaft verlangt Frau Biehl (U.S.) genauere Beratung.

Die erste und zweite Lesung werden erledigt. Gegen die dritte Lesung erhebt Abg. Rosenfeld Widerspruch.

Das Haus vertagt sich darauf auf unbestimmte Zeit.

Präsident Ebe ernennt zum Schluß der am folgenden Sonntag erfolgenden Abstimmung in Ost- und Westpreußen und erklärt den Wunsch aus, daß die Abstimmung eine überwiegende Kundgebung für das deutsche Vaterland und ein Befestigen der Treue zur Heimat bringen werde. (Lebhafter Beifall. Händeklatschen von allen Seiten, auch auf den Tribünen.) Schluß 4 Uhr.

### Badische Politik.

#### Die Weiterberatung des Siedelungsgesetzes

durch den Verfassungsausschuß des Landtags läßt immer mehr erkennen, wie schwierig das Problem ist, wenn die Siedelungen den Anforderungen genügen sollen, welche im Staatsinteresse an sie gestellt werden müssen. In der Montagsberatung handelt es sich um die Einbeziehung von Wald- bzw. forstwirtschaftlich genutzten Grundbesitz zu Siedelungszwecken. Zugleich soll versucht werden, den Gemeinden, welche keinen oder einen zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse ganz ungenügenden Waldbesitz haben, solchen durch Enteignung von Waldbesitzern, die mehr als 100 Hektar ihr eigen nennen, zuzuteilen.

### Das Reichstagshandbuch.

Ein unterhalt- und lehrreiches Buch verteilt das Reichstagsbüro an die Abgeordneten bei ihrem Eintritt ins hohe Haus: das Reichstagshandbuch. Darin sind die Vorkenntnisse abgebildet und jeder und jede von ihnen hat darin mitgeteilt, was er oder sie von sich zu sagen für wichtig findet — wie gesagt, ein unterhalt- und lehrreiches Buch. Es beweist uns z. B., daß die Reichstags-U.S.P.-Fraktion nicht nur viel gelesen, sondern auch viel tabuliert geworden als die der Nationalversammlung. In der Nationalversammlung saßen in der 22. Hälfte starke U.S.P.-Fraktion noch sechs, die ihrer Kirche angehörten; im neuen Reichstag sitzen unter den 81 U.S.P.-ern nur noch drei Kirchenglieder. Wurm und Gaase, Oskar Gohn und Frau Gähler sind nicht mehr unter ihnen. Die Berliner U.S.P.-Organisation aber hatte beschloffen, keinen als Stadtverordnetenmandat mehr aufzustellen, der noch der Kirche angehört. Nun sind Gähner und Gause nicht aus der Kirche ausgetreten!

Koenen aber bleibt ihnen trotzdem „über“. Er teilt mit, daß er nicht nur ohne Konfession, sondern auch „nicht getauft“ ist. Dünne Ideen über die Wichtigkeit dieses selbständig erworbenen Vorzugs erfüllen uns. Aber vielleicht ist es doch gut, daß Koenen-Water kein Jude ist, was Koenen-Gohn dann ins Reichstagshandbuch hineingeschrieben hätte, wäre unästhetisch. Immerhin, die U.S.P.-Fraktion ist wieder tabuliert geworden. — Wolf Ged hat als Einziger im 6. Bad. Inf.-Reg. Nr. 113 gedient und besitzt die Qualifikation zum Reserveoffizier. Kuhn ist zur See gefahren, Mittelmeer, Nord- und Südamerika, Afrika, hat verübergend in Palparaiso (Chile) gearbeitet, bei der Marine gedient und wurde dem Auslandsgelehrten zugeteilt, lag mit dem Kreuzer „Kaiserin Augusta“ während des Türken-orientalischen Krieges zum Schutze der

Die Sozialdemokratie trat lebhaft für die eventuelle Verziehung des Waldes zu Siedelungszwecken ein, während ein Vertreter des Zentrums, der aber nicht durchgängig die Ansicht seiner Fraktion vertrat, sich entschieden gegen die Verziehung von Wald aus dem badiischen Großgrundbesitz aussprach. Die Demokraten stellten sich im wesentlichen auf dem Standpunkte der Sozialdemokratie. Um diese Frage endgültig zu regeln, soll ein besonderes Gesetz dem Siedelungsgesetz eingefügt werden.

Im weiteren Verlauf der Debatte wurde die Bildung eines Beirates beschlossen, der aus Mitgliedern des Landtages, des Großgrundbesitzes und der Ansiedler bestehen und bei der Vorbereitung und Durchführung des Siedelungsgesetzes mitwirken soll. Es lag eine Vorlage des Arbeitsministeriums und eine solche des Abg. Dr. Glodner vor. Beide Entwürfe sollen durch den Berichtsausschuß zu einem brauchbaren Vorschlage umgearbeitet werden.

Werner teilt mit, daß es unmöglich sei, das Siedelungsgesetz noch in dieser Landtagssession zu verabschieden.

### Eine Rettungsaktion für Herrn Spang?

Die Zentrumsfraktion des badiischen Landtags reichte einen Antrag ein, die Regierung wolle durch Vermittlung des Justizministeriums alle jene bei den badiischen Gerichten und Staatsanwaltschaften verhandelten Akten erheben und dem Landtag vorlegen, in denen eine Anzeige gegen Angestellte der Landwirtschaftskammer erhoben wurde oder die Landwirtschaftskammer oder deren Angestellte in irgendeiner Weise an solchen Anzeigen sonst beteiligt waren und zur Prüfung einen Ausschuß bilden.

Zur Redaktionslieferung. Der Landesverband Baden des Bundes Deutscher Bodenreformer hat in einer am Sonntag, den 4. Juli, in Heidelberg mit Vertretern der Ortsgruppen Mannheim und Heidelberg sowie dem Landesverband Württemberg abgehaltenen Sitzung eine eingehende Aussprache über die aus Anlaß der beabsichtigten Redaktionslieferung aufzustellenden bodenreformerischen Forderungen herbeigeführt. Einmütig wurde verlangt, daß das zu erlassende Reichsgesetz bei der Kanalisierung des Redars dem Reich das Eigentum an Grund und Boden für das zur Ausführung des Kanalsbaus notwendige Grundbesitz sowie für das für Industrie und Wohnsiedelung erforderliche Seilengelände und zwar ohne räumliche Einschränkung durch eine Kilometerzone. Zur Sicherung gegen spekulative Grundwertsteigerungen, die zum Teil schon eingeleitet haben, müssen in dem Gesetz genaue Bestimmungen über die Höhe der Entschädigungssumme enthalten sein. Das enteignete Gelände muß dem Spekulation Gewinn dauernd entzogen werden. Die bei der Redaktionslieferung durch erheblichen Aufwand öffentlichen Mittel hervorgerufene Verfeinerung des Seilengeländes muß möglichst umfassend für die öffentlichen Einnahmen nutzbar gemacht werden. Diese grundsätzlichen Forderungen werden in einer Eingabe an das Reichsjustizministerium niedergelegt und anderen an dieser Frage beteiligten Behörden und Körperschaften zur Kenntnis gebracht werden.

Kirchenauschüsse in Egenstein. Unter geringer Beteiligung der Stimmberechtigten gingen am Sonntag die Wahlen zum Kirchenauschuß vor sich. Schuld daran ist einmal die besonders für die Frauen ungenügende Wahlzeit von 11 bis 1 Uhr, dann aber ein allgemein geringes Interesse an kirchlichen Angelegenheiten. Unter 39 Stimmberechtigten sind erst 15 erschienen. Unter 39 Stimmberechtigten sind erst 15 erschienen. Unter 39 Stimmberechtigten sind erst 15 erschienen.

Die Wahlen zum Kirchenauschuß in Egenstein. Unter geringer Beteiligung der Stimmberechtigten gingen am Sonntag die Wahlen zum Kirchenauschuß vor sich. Schuld daran ist einmal die besonders für die Frauen ungenügende Wahlzeit von 11 bis 1 Uhr, dann aber ein allgemein geringes Interesse an kirchlichen Angelegenheiten. Unter 39 Stimmberechtigten sind erst 15 erschienen. Unter 39 Stimmberechtigten sind erst 15 erschienen. Unter 39 Stimmberechtigten sind erst 15 erschienen.

Die Wahlen zum Kirchenauschuß in Egenstein. Unter geringer Beteiligung der Stimmberechtigten gingen am Sonntag die Wahlen zum Kirchenauschuß vor sich. Schuld daran ist einmal die besonders für die Frauen ungenügende Wahlzeit von 11 bis 1 Uhr, dann aber ein allgemein geringes Interesse an kirchlichen Angelegenheiten. Unter 39 Stimmberechtigten sind erst 15 erschienen. Unter 39 Stimmberechtigten sind erst 15 erschienen. Unter 39 Stimmberechtigten sind erst 15 erschienen.

### Berichtszeitung.

#### Schwurgericht Karlsruhe.

Unter dem Vorsitz des Landgerichtsrats Dr. Engler wurde Dienstag vormittag über die Anklage gegen den Weidner Karl Krenz aus Rastatt wegen

Unzuchtverbrechens verhandelt. Krenz ist 25 Jahre alt und betreibt in Rastatt ein Inflationsgeschäft. Am 16. Mai 1920 hatte er mit einem Turnverein einen Ausflug nach Hügelsheim unternommen und einen Ball des dortigen Turnvereins besucht. Nach diesem Ball bot er sich einem Mädchen zur Begleitung nach Hause. Das Mädchen wies ihn ab. Darauf ließ ihn Krenz nach und versuchte es zu bergewaltigen. In ähnlicher Weise benahm er sich einem zweiten Mädchen gegenüber. Ferner machte sich

Krenz in Rastatt eines Verbrechens nach § 176 Ziffer 3 des St.G.B. strafbar schuldig. Die Geschworenen bejahten die beiden Schuldfragen nach Verbrechen im Sinne des § 176 Ziffer 3 und billigte ihn mildernde Umstände zu. Auf Grund dieses Wahrspruches beurteilte das Gericht den Krenz zu einer Gefängnisstrafe von 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis, außerdem 1 Monat Unterbringungshaft, und zu 3 Jahren Ehrverlust. Vertreter der Staatsanwaltschaft war Staatsanwalt Dr. Gagner, Verteidiger Rechtsanwalt Moth, Rastatt.

In der Nachmittags-Sitzung des Schwurgerichts, die ebenfalls unter dem Vorsitz des Landgerichtsrats Dr. Engler stattfand, wurde gegen die Ehefrau Gustav Lindenmann aus Wilsheim geb. Birle aus Wilsheim wegen

Meineids und Anstiftung zum Meineid und gegen den Mechaniker Andreas Nikola aus Reibensfeld (Pfalz) wegen Meineids verhandelt. Vertreter der Staatsanwaltschaft: Dr. Deitgmann, Verteidiger die Rechtsanwälte Dr. Lidemann-Porzheim für die Ehefrau Lindenmann und Dr. Bross-Porzheim für Nikola. Frau Lindenmann ist in Rastatt verheiratet, ihr Ehemann geht zur Arbeit in eine Fabrik in Porzheim. Während des Krieges befand sich der Ehemann Lindenmann im Felde, die Frau nahm in dieser Zeit Beschäftigung in einer Fabrik an, in der Nikola als Vorarbeiter beschäftigt und somit der Vorgesetzte der Frau Lindenmann war. Im August 1918 schenkte Frau Lindenmann einem Kinde das Leben, das ihr Ehemann nicht als das seine anerkannte. Das Kind erhielt darauf den Mädchennamen der Frau Lindenmann und wurde ein Vormund für den kleinen Erbenbürger bestellt. Als den Vater des Kindes bezeichnete Frau Lindenmann einen Maurermeister. Gegen ihn erob der Vormund des Kindes Klage auf Bezahlung der Alimentation. Der Maurermeister wehrte sich gegen eine Beurteilung mit dem Hinweis, daß die Lindenmann auch Beziehungen zu anderen Männern gehabt habe. Er behauptet dies insbesondere von dem angeklagten Nikola und im Laufe des Prozesses wurde dann Frau Lindenmann und Nikola als Zeugen eidlich darüber vernommen. Ob die Behauptung des Maurermeisters richtig sei, Frau Lindenmann hat Nikola auszusagen, er habe mit ihr nichts zu tun gehabt, obwohl diese Behauptung nicht den Tatsachen darüber entsprach. Am 10. Dezember 1919 erklärten beide als Zeugen unter Eid vor dem Amtsgerichte in Porzheim, daß zwischen ihnen kein Versteck statgefunden habe. Nach längerer Verhandlung wurde abgebrochen und die Angelegenheit auf unbestimmte Zeit vertagt.

### Gemeindepolitik.

#### Verband der mittleren Städte Badens.

Am 11. und 12. Juli findet in Rastatt der 26. ordentl. Städtetag der mittleren Städte Badens statt. Vor 25 Jahren, 1895, ist der Verband gegründet worden, dem damals 28 Städte beigetreten waren. Heute gehören dem Verband 70 Städte an gegen 65 im Jahre zuvor. Wie der aus Anlaß der bevorstehenden Rastatter Tagung herausgegebene Bericht ausführt, verhielt sich die Stadtregierung in den ersten Jahren gegenüber dem Verband etwas zurückhaltend. Bald trat darin aber eine Wandlung ein; die Regierung habe in dem Verband der mittleren Städte Badens einen beachtenswerten und manchmal auch dem Staatsinteresse selbst dienlichen Faktor des Staatslebens erkannt, dem sie dann auch entsprechende Rücksicht entgegenbrachte. Das blieb auch so, seit anstelle der großherzoglichen die republikanische Regierung trat. Der rückwärtige Bericht über die verflochtenen Jahre behandelt sodann die seinerzeitigen Kämpfe um die Vertretung der Städte in der ersten Kammer, ferner das Eintreten des Verbandes bei Fragen der Gemeindegesetzgebung des Beamtenrechts und des Fürsorgegesetzes. Weiter gab die Versorgung der Städte mit Wasser, Gas und Elektrizität, wie auch städtische Fragen dem Verband zu fast unangesehener Beschäftigung Anlaß. — Für den 25. ordentl. Städtetag liegen dem Verband von seinem geschäftsführenden Ausschuß drei Anträge vor, und zwar einem, der sich mit der Gemeindeordnung und dem Fürsorgegesetz befaßt, ein anderer, der die Errichtung einer Geschäftsstelle beim Verband wünscht und ein dritter, der die Umwandlung des Verbandes in eine Körperschaft des öffentlichen Rechts fordert.

Ein unabhängiger Bürgermeister Vorsitzender eines Arbeitgeberverbandes. In der letzten Stadtratssitzung in Nürnberg erregte die Mitteilung des Stadtrats eine gewisse Verwunderung, daß ein bayerischer Arbeitgeberverband gebildet worden sei, der den Zweck habe, einseitige Lohnsätze mit den städtischen Arbeitern und Angestellten für ganz Nordbayern abzuschließen. Die Stadt Nürnberg ist durch den unabhängigen dritten Bürgermeister Haller von Fürth, der Vorsitzende dieses Verbandes ist, an Nürnberg herantreten mit der Aufforderung, diesem Arbeitgeberverband beizutreten. Es würde dadurch in Zukunft verhindert werden können, daß die Arbeiter- und Angestelltenlöhne in städtischen Betrieben gegeneinander ausgespielt werden können. Unser Genosse Giermann wies auf den arbeitserfindlichen Charakter eines solchen Arbeitgeberverbandes hin und erklärte, die sozialdemokratische Fraktion würde deshalb gegen den Anschluß Nürnbergs an diesen Arbeitgeberverband stimmen. Nun konnten die Stadträte der unabhängigen Fraktion natürlich die Position ihres unabhängigen Bürgermeisters in Fürth nicht halten, sie ließen durch ihren Sprecher erklären,

nation zu internationalen Sozialistenkongressen gesund überfordern; Kozke noch die zu den Textilarbeiterkongressen in Wien, Amsterdam und Mailand. Seidel mußte von der Volksliste weg, „Infolge der Armut der Familie“, Fabrikarbeiter werden; Mehrhof betrieb „Heißes“ Selbststudium; und Lipinski war Mitbegründer des Vereins Arbeiterpresse 1900 und der Unterstützungsvereingung der auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Angestellten Deutschlands 1901 und „Begründer der Literatur über das Arbeiterrecht“. Im, Im! Mögen sie alle bisherigen Klaffler der Politik in den Schatten stellen und die Welt durch ihre hervorragenden Taten außer Fassung bringen.

Lebebour, der Schriftsteller, das Märchen widerlegend, er verbrachte alle sieben Jubeljahre einen Artikel, schreibt gleich im Reichstagshandbuch einen Leitartikel: „Sprach sich bereits während der Kriegszeit für die Befestigung der monarchischen Einrichtungen und für eine sozialistische Revolution aus und wirkte demgemäß mit bei der erfolgreichen Erhebung am 9. November 1918. Letztes den Eintritt in das republikanische Kabinett der Volksbeauftragten ab, da dessen paritätische Zusammensetzung seiner Auffassung nach in allen entscheidenden Fragen zu fruchtlosen Verschüssen führen mußte“. Beteiligt an der Erhebung im Januar 1919 zur Durchführung des Sozialismus.

Das haben sie weg, die Volksbeauftragten Gaase und Dittmann und ihr Anhang, der sie ins Kabinett schickte. Wenn die Fraktionsbrüderlichkeiten der U.S.P. auf den Reichstagsparlamenten zu hören sind, warum soll man sie dann nicht auch ins Reichstagshandbuch setzen.

Stinnes schreibt: Geboren am 12. Februar 1870 zu Mühlheim, evangelisch, Kaufmann. Wafa — alles andere wird sich finden!

Wie gesagt, ein lehrreiches Buch.

daß sie ebenfalls den Antrag ablehnen. Einstimmig beschloß der Stadtrat sodann die Nichtbeteiligung Nürnbergs an diesem Arbeitgeberverband.

Ein Bild zum Lachen, wenn es nicht gar so ernst wäre: Dieser unabhängige Bürgermeister als Vorsitzender eines Arbeitgebervereins...

Aus dem Lande.

4. Kreisfach, 3. Juli. Der Geschäftsführer des hiesigen Kommunalverbandes, ein gewisser Ledeb, ist seines Postens enthoben worden...

\* Randweg bei Badolzell, 5. Juli. Durch Feuer ist der Gasthof zum „Ader“, eines der größten hiesigen Bauernhäuser, völlig eingeeigert worden...

Kleine Nachrichten.

Berlin. Wie dem Berliner „Totalanzeiger“ aus Raumburg berichtet wird, ist der Prozeß wegen des Reicher Landfriedensbruchs, der die Vorgänge im März v. Js. zur Charakterisierung brachte...

Berlin, 6. Juli. Heute nachmittag kurz vor 4 Uhr brach im Reichstagsgebäude Feuer aus. Der Fahrstuhl zur Journalentribüne war infolge Schließens in Brand geraten...

Krier, 6. Juli. Die Krieger Landeszeitung ist auf die Dauer von drei Tagen verboten worden, weil sie eine Mitteilung gebracht hatte, nach der Frankreich im Begriff sei, seine Truppen zu verziehen.

W. Gagen in Weisfalen, 6. Juli. Während einer stark besuchten Versammlung in der hiesigen Turnhalle flog der in der Nähe des Rednerpultes aufgestellte eiserne Ofen mit gewaltigem Getöse in die Luft...

Paris, 6. Juli. Wie der „Glaire“ meint, werden 48 französische Regimenter aufgelöst, darunter 23 Regimenter schwarze Soldatenruppen.

Aus der Stadt.

\* Karlsruhe, 7. Juli.

Ein stürmischer Markttag.

Auf dem Hauptmarkte gestern vormittag ging es sehr lebhaft zu, impulsive Zusammenstöße und Aufritte waren recht oft zu beobachten. Eine Anzahl Marktbesucher, meistens jüngere unerfahrene Leute, kontrollierten die Preise...

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Das Münsche Konservatorium veranstaltet seine diesjährigen Prüfungskonzerte am 5., 7., 9., 12., 13., 14., 15. Juli, jeweils abends 8 Uhr im großen Saal der Eintracht...

Ueber den Musikverein Harmonie Karlsruhe schreibt die „Badische Volkszeitung“ in Baden-Baden: Gewöhnlich gilt der Standpunkt, daß ein öffentliche Unterhaltungsanstalt sein künstlerischer Maßstab anzulegen ist und auch nicht angelegt wird...

in dem bekannten feinen Delikatessengeschäft Riffel wurden die Preise auch herabgesetzt. Wir glauben kaum, daß hier das Proletariat das Hauptkontingent der Kundenschaft stellt...

Ein Mißstand, der sich gestern und heute zeigte und dem unbedingt abgeholfen werden muß, ist der, daß jede beliebige Person sich als Mitglied der zusammengesetzten Lebensmittelliste missionieren lassen und dementsprechende Maßnahmen verlangen kann...

In den Nachmittagsstunden kam es in der Stadt vielerorts zu äußerst erregten Vorkommnissen. Überall sammelten sich lebhaft gestimmte Menschen an und in der Kaiserstraße standen in der Nähe der Warenhäuser dichte Gruppen...

Einem schweren Stand hatte die Gendarmerie und die Polizei, gegen die die Menge eine drohende Haltung einnahm. In einzelnen Stellen ist es sogar zu Tätlichkeiten gegen Polizeimannschaften und Gendarmen gekommen...

Als Schluß der Redeaktion war ein Polizeibericht über die Vorkommnisse nicht erhältlich.

Verhandlungen über Lebensmittelpreise auf dem Karlsruher Rathaus.

In der bürgerlichen Presse lesen wir heute früh über Verhandlungen auf dem Rathaus am Dienstag im Anschluß an die Demonstrationen. Wir selbst sind von keiner Seite von diesen Verhandlungen benachrichtigt worden...

Nachmittags 5 Uhr tagten im Sitzungszimmer des Stadtrats Vertreter des Handels und der Detaillisten mit den Vertretern der Arbeitnehmer in Anwesenheit von Oberbürgermeister Dr. Finter und Bürgermeister Dr. Fortmann...

Oberrürgermeister Dr. Finter erklärte hierauf, daß er sich bemüht habe, beim Ministerium vorstellig zu werden; morgen spreche er nochmals vor. Nur ein Weg führe zum Ziele: Beim Produzenten muß mit der Senkung begonnen werden...

Der Landwirt auf dem Lande wurden alle Preise gesenkt; alle, auch die Arbeiter, haben hier mitgemacht. Gerade beim Rindfleisch hat die Bevölkerung sehr gelitten...

Aus der Mitte der Kommission ging von den Arbeitnehmern folgender Antrag ein: 1. Sofortiger Verkauf aus den städtischen Lebensmittelbeständen zu stark ermäßigten Preisen...

Ein Antrag will die Stadt zur Inangriffnahme sofortiger Arbeiterarbeiten, Erhöhung der Unterbringung um 100 Prozent verpflichten. Auf geäußerten Wunsch gibt Oberbürgermeister Finter seine gestrigen Ausführungen nochmals bekannt...

Der Abschluß der Verhandlungen bildete die Bestimmung einer Kommission zur Regelung der Preisberatschungen. Von der Arbeitnehmerseite erfolgt der Vorschlag von 9 Personen, desgleichen geben die Vertreter der Detaillisten und Lebensmittelbranche eine Liste mit 9 Namen bekannt...

Hiermit endete diese Sitzung, der die einderufene Stadtratsitzung folgte.

Warnung vor Unbesonnenheiten.

Durch Plakate und Ankerale warnt das Bezirksamt vor Unbesonnenheiten und Ansammlungen auf Straßen und Plätzen und weist auf die diesbezüglichen Strafbestimmungen hin.

Ermäßigung der Preise für Lebensmittel und Bekleidungsartikel. Der Stadtrat macht bekannt, daß die Lebensmittel und Bekleidungsartikel aus den Beständen der Stadt im Preise bedeutend herabgesetzt werden...

Die „Badische Presse“ hat anlässlich der Demonstration am Montag wieder einmal ihre arbeiter- und volksfeindliche Gesinnung zum Ausdruck gebracht. Sie bringt es nämlich fertig, die Zahl der Demonstranten auf 800-1000 anzuheben...

den jüngsten Seherstift fragen können, der gewiß ein anderes Resultat herbeiführen würde. Aber wir sind der festen Ueberzeugung, es ist nicht die Unbesonnenheit, sondern die Antipathie gegen die Bestrebungen der Arbeiter- und Beamtenchaft, welche die „Badische Presse“ zu dieser niederen Verneinung der Teilnehmerzahl bestimmt hat...

Die Erfahrung lehrt ja, daß das Karlsruher Sensationsblatt für die Arbeiterchaft nichts übrig hat, daß die hungrigen Jehntausende, welche am Montag auf dem Marktplatz gegen die Volksausbeuter Stellung genommen haben, für sie nicht bedeuten. Der „Badischen Presse“ stehen die Interessen der schamlosen Bucherer viel höher als diejenigen der ausgebeuteten Konsumenten...

Sozialdemokratischer Verein. Heute Mittwoch, 7. Juli, abends 8 Uhr, finden in folgenden Lokalen Bezirksversammlungen statt: Al- und Dillstadt im „Georg Friedrieh“, Ede Gernig- und Georgfriedrichstraße; Südstadt: „Auerhahn“, Schützenstraße; Mittel- und Südstadt: „Goldene Krone“, Amalienstraße; Weststadt: „Württembergischer Hof“; Oststadt: „Karlsruher Hof“.

Es werden sprechen die Genossen Trinks, Prull, Schwertl, Kozbach u. a. Wir laden die Genossinnen und Genossen zu zahlreichem Besuche freundlich ein. In den Versammlungen wird der Jahresbericht der Generalversammlung ausgegeben. Diejenigen Bezirke, die noch Geschäftsberichte übrig haben, werden dringend ersucht, dieselben sofort an Gen. Krüger, Volksfreund, abzugeben.

\* Volksausbeuter Deigheim. Am Mittwoch, den 14. und 28. Juli finden Sonderpieltage statt. Anfang 2 1/2 Uhr. (Siehe Anzeiger.)

\* Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter hält morgen Donnerstag abend 7 1/2 Uhr im „Elefant“ eine Mitgliederversammlung ab, die zu den Tarifverhandlungen Stellung nehmen wird.

Na. Kinderdankfest im Stadtpark. Am nächsten Samstag nachmittag findet zu Ehren der von den amerikanischen Cadetten veranstalteten Kinderdankfest und zugleich der Ferienkolonie im Stadtpark ein von der Stadt und dem Verein für Kinderdankfest erholungsbedürftiger Schulfinder veranstaltetes Kinderdankfest statt. Das abwechslungsreiche Programm steht im Doppelsonder der Schützengilde und der ehemaligen Leibgrenadierkapelle vor, ferner Knaben- und Mädchenchor, Reigen, Freilichtspiele und Weiterhin kommt ein kleines von Regisseur Felix Baumhach verfasstes Freilichtspiel zur Aufführung...

Die Kinschankstellung in der Drangerei Hans Thomastage ist nahezu fertiggestellt, so daß ihre Eröffnung bestimmt heute Mittwoch, 7. Juli, erfolgen kann. Was es heute heißt, eine Ausstellung zusammenzubringen, dürfte auch dem Betrachter verständlich sein. Es kann aber schon heute gesagt werden, daß die Ausstellung eine umfassende Uebersicht über das gesamte kinematographische Gebiet und die einschlägigen Branchen bieten wird, wie man sie in nächster Zeit kaum zu sehen bekommen dürfte. Die Drangerei zeigt ein gefälliges Bild, da man keine Mühe gescheut hat, dem Besucher ein angenehmes Bild zu verschaffen. Die Räume ist besonders reich geschmückt und die vielen Bilder aus allen möglichen Gebieten geben ihr ein reichhaltiges und buntes Aussehen. Die Aussteller haben alles aufgebracht, um ihre Erzeugnisse in ein glänzendes Licht zu rufen. Der Besucher hat außerdem Gelegenheit, sich durch Augenweidegenüsse der Sonderführerungen von dem Stande der Kinematographie zu überzeugen. Er kann bequem die Vorführung verfolgen und sich auch der Unterhaltung hingeben. Während der Ausstellung werden außerdem musikalische Vortritte geboten, die im Verein mit den Möglichkeiten der Eröffnung durch das Vermitteln begünstigt. Für die Dauerkarten ist ein Lichtbild erforderlich. Schon jetzt ist das Interesse für die Ausstellung außerordentlich reg, was daraus hervorgeht, daß sich verschiedene Vereine und Private für die Sonderführungen angemeldet haben.

Sirkus Pierre Althoff hat sich seit Samstag in unserer Stadt mit seinem Wagenpark angekündigt. Auf dem Marktplatz erhebt sich ein prächtiges Zelt, in dem erle circusförmige Kunst gepflegt wird. Bei der Eröffnungsvorstellung konnte man das beständig finden. Nach 3 Konzerten der Zirkuskapelle trat der kleine Robert eine tolle tolle Volante. Dann trat Direktor Edwars mit seinen Freiheitsdrressuren auf den Plan. Ein brauner Vollblutpferd zeigte seine Kräfte und seinen blinden Gehorsam gegen seinen Meister. Dieser zeigt Zeugnis davon ab, daß ein zielbewußter, geduldig Dresseur bei einem einigermaßen intelligenten Pferde alles erreichen kann. Auch die Dressur der drei Ponys nötigte Achtung ab. In einem Reittakt zeigten sich zwei Emwads, Herr und Dame, in vollendetem Jongleurkunst zu Pferde. Drei Geschwister Kaiser fanden viel Beifall als elegante Jockeyreiterinnen. Herr Hans rit hoch Eonle auf einem prachtvollen Apfelschimmel Aufsch, dessen Gang er trotz des Temperaments des Pferdes recht skurril herausbrachte. Fraulein Henriette als ohne Sattel-Reiterin bewährte sich ausgezeichnet und die Musik-Organisten und Schlagwader Draps und Feldmann brachten eine besonders humoristische Note in das Programm; ihr musikalischer Vorkampf war reizvoll. Die trockensten Witze des unruhigen Willi Keller und seines Musikherrn Elge, sowie des kleinen Robert wirkten die Stimmung des vollen Hauses. Auch als Amstrichter fanden die Clowns auf dem Programm und seffelten darin ebenso wie mit ihren Schächeln. Den Höhepunkt des Ganzen bildeten die Freiheitsdrressuren der Frau Direktor Althoff. Sie waren bis ins Feinste ausgearbeitet und ihre Kassenkette reagierte mit seltener Prägnanz auf den kleinste Wink, auf jede, vom Zuschauer vielleicht kaum beachtete Körperbewegung. Alles in allem sind also die Darbietungen des Sirkus Pierre Althoff durchaus sehenswert.

Valuta-Bericht vom 6. Juli. Die Mark notierte heute in der Schweiz ca. 14.80 Cts. Auszahlung Holland notierte etwa 13.84 A per holl. Gulden; Schweiz etwa 6.76 A per schw. Fr.; England etwa 148.50 A per Pfd. Sterling; Frankreich etwa 8.26 A per franz. Fr.; Neuhort etwa 37.50 A per Dollar.

Wasserstand des Rheins. Schaffhausen 285, gef. 15; Rehl 378, gef. 18; Mainz 578, gef. 19; Mannheim 485, gef. 31 Zentimeter.

Die wohl alle...

Montags...

Die...



